

DER BREMER ANTIFASCHIST

0,50 €

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

August/September 08_09/2015

Deutschlands Kriegsschulden bei Griechenland

1945/46: 7.100.000.000 US$ (7,1 Mrd.) bei Preisstand von 1938: festgelegt bei der Inter-Alliierten-Reparationskonferenz in Paris, Jahreswende 1945/46.

Heute: 90.000.000.000 EUR (90 Mrd.) nach Abzug der bislang geleisteten Zahlungen, hochgerechnet auf heutigen Preisstand und umgerechnet in Euro (Mindestbetrag)

Bilanz der deutschen Besatzung in Griechenland (06. April 1941 bis Okt. 1944):

Plünderung von Rohstoffen (laut Abschlussbericht des deutschen "Wehrwirtschaftsstab Griechenland" vom September 1944): 126.000 Tonnen Chromerz, 91.000 Tonnen Bauxit, 71.000 Tonnen Nickel, 14.300 Tonnen Magnesit, 44.000 Tonnen Schwefelkies, 71 Tonnen Molybdänkonzentrat, 30.000 Tonnen Tabak (unter anderem auch durch die Bremer Firma Martin Brinkmann) und anderes außer Landes geschafft.

Zerstörungen: 1.600 Ortschaften zerstört, über 100.000 Häuser niedergebrannt, 3/4 der griechischen Handelsflotte zerstört, Hafenanlagen vernichtet, Kanal von Korinth gesprengt, die allermeisten Straßen- und Eisenbahnbrücken, Bahnhöfe und erhebliche Teile des Schienennetzes gesprengt...

Verlust von Menschenleben: von den damals 6,9 Mio. Einwohnern Griechenlands sind während der Okkupation 520.000 getötet worden (mindestens 125.000 verhungert, ca. 100.000 in deutschen KZ umgebracht, 60.000 Juden und Roma ermordet, 56.000 Menschen bei Razzien in Großstädten und Massakern in ländlichen Regionen von Wehrmachts- und Polizeiverbänden umgebracht ...).

Zwangskredit in Höhe von 476 Mio. Reichsmark (1942) zur Bezahlung der Besatzungskosten durch Griechenland.

Für all das wurden bei der Pariser Konferenz 1945/46 die von Deutschland an Griechenland zu leistenden Reparationszahlungen festgelegt. Karl-Heinz Roth referierte am 25.06. in der Villa Ichon Fakt für Fakt, wie es zu dem heute noch offenen und zu zahlenden Betrag kam. Und wie es den bundesdeutschen Regierungsvertretern über die ganzen Jahre gelang, sich der Verantwortung zu entziehen. Schriftlich niedergelegt hat er es in seinem unbedingt lesenswerten Buch **"griechenland am abgrund - die deutsche reparationsschuld - eine flugschrift", erschienen im März im Hamburger VSA Verlag. (96 Seiten, broschiert, 9,00 EUR, ISBN 978-3-89965-664-0)**

Am Tag des Referendums in Griechenland standen Bremer Unterstützer der internationalen Antikriegsaktion Klassenkampf statt Weltkrieg vor dem Dom, dabei unter anderem eine Tafel mit der Forderung nach Bezahlung der deutschen Kriegsschulden. Daneben größere Transparente und ein Gefängnis mit Merkel, Schäuble und Gabriel drin. Aber es war genau diese kleine Tafel mit der Aufschrift: *"Sofortige Bezahlung der deutschen Kriegsschulden an Griechenland durch das deutsche Kapital"*, die den Zorn von Passanten erregte. Vor der eigenen Haustür kehren, das ist halt unbeliebt.

Regine Albrecht

Young Women in Public Affairs Preis für "Josi" Brons

Die Jury des Bremer Zonta Clubs hat Josefine "Josi" Brons den diesjährigen Preis "Young Women in Public Affairs" verliehen. Der "District Award 2015" ist mit 1.000 US$ und 500 dotiert. Auch auf internationaler Ebene hat sie einen der zehn Preise errungen und erhält damit zusätzlich 4.000 US$. Die Ehrung ist für sie wichtig, da das Netzwerk erfolgreicher Frauen für ihr weiteres Fortkommen von Bedeutung ist. "Der Preis ist mit einem Netzwerk verbunden, das ich gern nutzen möchte."

Josi hat ihr Abitur und IB (Internationales Abi) am Hermann-Böse-Gymnasium in Bremen gemacht. Da sie politisch und menschenrechtlich überaus interessiert ist, nimmt sie an einem entwicklungspolitischen Freiwilligendienst in Südafrika teil. Darauf aufbauend möchte sie gerne "Internationale Beziehungen" (International Relations) in Großbritannien studieren.



Direkt nach dem bestandenen Abitur

Sie tritt gegen Diskriminierung und für Chancengleichheit ein. Sie ist Mitglied im Vorstand der GesamtschülerInnen-Vertretung in Bremen, wie auch Mit-Organisatorin des Student Coaching Service (Nachhilfedienst des Hermann-Böse-Gymnasiums). Darüber hinaus setzt sich Josis ausgesprochenes Engagement fort. Sie kümmert sich in einer Wohngruppe der Lebenshilfe Bremen um geistig behinderte Menschen. Im AWO-Übergangswohnheim in Bremen-Hastedt unterstützt sie Flüchtlingskinder.

Auf politischer Ebene schafft sie in der Bremer Awareness-Gruppe diskriminierungsfreie Räume für Menschen. 2014 war sie Mitglied des Beirats "Junge Frauen" der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF). Da wundert es natürlich nicht, dass Josi auch Mitglied der VVN-BdA in Bremen ist.

Gerold Fleßner

Sommerausfahrt in die Gedenkstätte Esterwegen.

Samstag, 29.08., gegen 10:00 Uhr ab Linkstreff West Gröpelinger Heerstraße/Ecke Moorstraße. Geplant ist Fahrgemeinschaften zu bilden. Wir werden dort **um 11:45 Uhr** von Kurt Buck, dem Leiter der Gedenkstätte, erwartet. Fahrzeit ab Bremen ca. 90 min.

Anmeldungen erbeten bei Raimund Gaebelein unter (0421) 6163215, mobil 0176/49865184 oder raygaeb@web.de bitte angeben ob PKW zur Verfügung und Möglichkeit der Mitnahme.

Die Dauer des Vortrags und der Besichtigung liegen bei ca. drei Stunden. Eine Möglichkeit zum Kaffeetrinken nach Anmeldung gegeben.

Bebilderter Vortrag zur Geschichte der Emslandlager im Seminarraum; Erläuterungen zur Topographie des Lagers Esterwegen am Luftbild im Eingangsbereich; anschließend Gang über das Lagergelände mit Erläuterungen; Einführung in die Ausstellungen und individueller Rundgang; Abgeurteilt von Justiz und Wehrmacht. Gefangene in der Strafanstalt Lingen und den Emslandlagern 1935-1945 Sonderausstellung von Studierenden der Universität Osnabrück in Kooperation mit den Gedenkstätten Gestapokeller Osnabrück und Esterwegen.

"Unmittelbar nach der Machtübertragung an den Faschismus am 30. Januar 1933 begann eine Phase der Machtsicherung. An die Stelle der verhältnismäßig liberalen Rechtsordnung der Weimarer Republik sollte eine völkische Lebensordnung treten. Recht ergab sich aus den Vorstellungen der "Volksgemeinschaft" und dem "Führerwillen". Neue Verordnungen und Gesetze wie das "Ermächtigungsgesetz" zerstörten die parlamentarische Demokratie und setzten verfassungsmäßige Grundrechte außer Kraft. Neue politische Straftatbestände wurden geschaffen und durch die zivile Justiz streng geahndet. Gleichzeitig verschärfte sie auch die Rechtsprechung gegenüber kriminellen Angeklagten drastisch. Strafvollzug sollte vor allem harte Sühne sein. Die Militärjustiz begriff sich als Instrument zur "Aufrechterhaltung der Manneszucht" in der Wehrmacht und fällte ebenfalls mit zunehmender Dauer des Krieges immer gnadenlosere Urteile. Eine beispielhafte Auswahl von zwölf Gefangenen-Biographien zeigt unterschiedliche Lebensläufe und Tatvorwürfe. Mit ihnen werden individuelle Schicksale sichtbar, die hinter der Rechtsprechung der NS-Gerichte standen. Nicht alle Verurteilten waren ausschließlich Opfer. Einige waren auch zugleich Täter. Aber alle wurden Opfer einer politischen Justiz. Die Haftzeiten der ausgewählten Gefangenen reichten insgesamt von 1935 bis 1945 und machen die zunehmende Radikalisierung der Rechtsprechung und die stetige Verschlechterung der Lebensbedingungen der Gefangenen deutlich; insbesondere in den emsländischen Strafgefangenenlagern, in denen bis 1945 etwa 1.600 Gefangene umkamen."

Fahrt (ca. 7 km) zur Begräbnisstätte Esterwegen (Lagerfriedhof) mit geführter Begehung oder Filmvorführung mit Zeitzeugenberichten.

Entschädigung ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener

Der Bremer Freundeskreis von "Kontakte-Kontakty" hat mit großer Freude zur Kenntnis genommen, dass der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags am 20. Mai mit breiter Unterstützung von der LINKEN bis zur CDU den überlebenden sowjetischen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs eine Entschädigung von insgesamt zehn Millionen Euro zugesprochen hat. Wir sehen darin eine Bestätigung auch unseres eigenen jahrelangen Engagements für die Betroffenen.

Von den insgesamt ca. 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsfangenen ist weit mehr als die Hälfte (rund 3,3 Millionen) in deutschem "Gewahrsam" durch Seuchen, Hunger, Erfrieren, Misshandlungen und willkürlichen Tötungen umgekommen; von den Zurückgekehrten wurden überdies viele in der Sowjetunion als Kollaborateure verhaftet oder in Arbeitslager verbracht. Wenn man davon ausgeht, dass die Quote der in deutscher Kriegsgefangenschaft umgekommenen westalliierten Soldaten "nur" rund 3% betrug, wirft dies Schlaglichter auf das Menschenbild der Nationalsozialisten, in dem Russen und andere Sowjetvölker als "Untermenschen" diffamiert wurden. Heute leben noch rund viertausend hochbetagte Betroffene in Russland und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken; sie erhalten voraussichtlich von der mit der Auszahlung beauftragten Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" jeweils 2.500 Euro - für armenische Rentner immerhin zwei Jahresrenten. Diese Auszahlung ist für die ehemaligen Kriegsgefangenen zugleich eine lange erwartete Anerkennung des erfahrenen Leids.

Auch in Bremen gab es tausende sowjetischer Gefangener in Lagern und anderen erbärmlichen Behausungen, die u.a. beim Bau des U-Boot-Bunkers "Valentin" und in großen Rüstungsbetrieben eingesetzt und geschunden wurden. Viele von ihnen kamen um und wurden großenteils anonym beigesetzt. Anfang Mai des Jahres bezeichnete Bundespräsident Joachim Gauck das grauenhafte Schicksal der Betroffenen als eines der "größten Verbrechen des Zweiten Weltkriegs".

Zur Überwindung des "Erinnerungsschattens" (J. Gauck) begann bereits vor vielen Jahren der Verein "Kontakte-Kontakty" in Berlin mit seinem rührigen Initiator Eberhard Radczuweit eine Aufarbeitung des Geschehens. Es sollte nicht nur der "vergessenen Opfer" gedacht, sondern ihnen darüber hinaus aus privaten Spenden und anderen Zuwendungen auch eine Entschädigung ermöglicht werden. Zum Erinnern gehörten und gehören auch Veröffentlichungen und zahlreiche Appelle an die Politik, die jetzt endlich politische Früchte tragen.
Der Bremer Freundeskreis leistet Kontakte-Kontakty dabei seit Jahren engagierte Unterstützung. Besondere Aufmerksamkeit erfuhr die Ausstellung "Russenlager und Zwangsarbeit" vom 18.09 bis 30.10.2014 im Haus der Wissenschaft. Sie dokumentierte in zahlreichen Schautafeln und anderen Exponaten eindrucksvoll das Schicksal der Betroffenen und die Menschenverachtung des NS-Systems. Die Ausstellung und das Begleitprogramm mit Vorträgen und Inszenierungen, Besichtigungen von Schauplätzen und Podiumsdiskussionen fand in Bevölkerung und Medien starke Beachtung. Großen Dank schuldet der Freundeskreis über die Medien hinaus auch den zahlreichen Unterstützern und Sponsoren aus Staat, Wirtschaft, Kirche und Gesellschaft, ohne deren finanzielle Zuwendungen und immaterielle Hilfen die Ausstellung nicht möglich gewesen wäre. Wir sind sicher, dass sie unsere Genugtuung und Freude über die Entscheidung des Haushaltsausschusses teilen. Im Zeichen aktueller Spannungen sehen wir in dem gestrigen Beschluss auch ein starkes Symbol für die Völkerverständigung zwischen Deutschland und Russland.

Der Bremer Freundeskreis sieht sich durch die Entscheidung des Haushaltsausschusses in seinem Engagement bestätigt und darüber hinaus veranlasst, seine Tätigkeit im Sinne der Betroffenen und der Völkerverständigung fortsetzen. Es gibt noch viel zu tun!

Für den Bremer Freundeskreis von Kontakte-Kontakty

Marten Barfuß, Edgar Zimmer, Eike Hemmer

Den Gegnern und Opfern des Faschismus

Mitten in Findorff - an der Admiralstraße - steht ein Bunker. Er zeichnet sich aus durch ein antifaschistisches Wandgemälde. Nun möchte die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben ihn verkaufen. Mit dieser Entscheidung kriegen auch Bemühungen um den Schutz des Gemäldes eine große Dringlichkeit. Das Wandgemälde ist inzwischen auch ein Wahrzeichen Findorffs. Vor allem aber ist es ein lebendiges Denkmal gegen Faschismus und Verfolgung an einem historischen Ort.

Findorff ist ein lebendiger Stadtteil Bremens. Dort sind der quirlige Wochenmarkt und der lauschige Torfkanal genauso zu finden wie nette Kneipen und Cafés. Nimmt man dies heute in den Blick, so ist schnell vergessen, dass Findorff noch bis vor gar nicht langer Zeit von Arbeit und Armut geprägt war. Der Torfhafen verband die Stadt mit dem Teufelsmoor und sicherte so einen großen Teil des benötigten Heizmaterials in Bremen. Es ist leicht, sich die schweren Arbeitsbedingungen auf den Torfkähnen vorzustellen. Mit der Industrialisierung kamen neue Arbeitsgebiete hinzu. Bereits 1847 entstand im heutigen Findorff der erste Bremer Bahnhof. Gaswerk und Schlachthof folgten und machten aus dem Quartier, das damals Bahnhofsvorstadt hieß, einen Arbeiterstadtteil. Verstärkt wurde diese Entwicklung noch durch die Errichtung der Mißler-Hallen, in denen ab 1907 bis zu 250 Menschen aus Osteuropa lebten, bevor sie nach Amerika auswandern konnten.

Nachdem am 30. Januar 1933 die Macht in Deutschland an die NSDAP übertragen worden war, verstärkte die SA ihren Terror gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten - nun sogar offiziell unter staatlichem Schutz. Ein Ergebnis dieses Terrors war, dass an vielen Stellen Konzentrationslager der SA entstanden. In ihnen wurden vor allem Kommunistinnen und Kommunisten, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten festgehalten und gequält. In Bremen entstand bereits im März 1933 ein solches Lager in den ehemaligen Auswandererhallen der Auswandereragentur Friedrich Mißler in Findorff. Mitten im Stadtteil fanden tägliche Misshandlungen statt. Familien, FreundInnen, Kollegen und GenossInnen der Inhaftierten konnten wahrnehmen und berichten, was mit den Insassen des KZ Missler geschah. In der Bahnhofsvorstadt entwickelte sich Protest gegen die Vorgänge in den Hallen. Auch aus diesem Grund beschlossen die Bremer Nazi-Oberen das KZ Mißler aufzulösen. Die Gefangenen wurden im September 1933 in das Konzentrationslager Ochtumsand - einen ehemaligen Schleppkahn - an der Ochtummündung überführt. Das Konzentrationslager Ochtumsand wurde im Mai 1934 geschlossen. Die Gefangenen wurden auf das Ostertorgefängnis, das Untersuchungsgefängnis und das Konzentrationslager Langlütjen II in der Wesermündung aufgeteilt. Für viele Bremer Sozialdemokraten und Kommunisten begann im KZ Mißler und in Ochtumsand ein langer Weg durch faschistische Lager und Gefängnisse.



Ausschnitt des Wandgemäldes in der Admiralstraße 11

Nachdem Bremen im April 1945 von britischen Truppen befreit worden war, wandte sich die Kommunistische Partei in einem Rundbrief an ihre Mitglieder. In der Rückschau auf die vergangenen Erfahrungen hieß es dort: "Nach 12-jähriger brutaler Terror-Herrschaft ist der Zusammenbruch des Nazifaschismus zur Tatsache geworden. Unter den gewaltigen Schlägen der Roten Armee und den Heeren der westlichen Demokratien wird ein Mordsystem beseitigt, welches von dem werktätigen Volke ungeheuerliche Opfer gefordert hat. [...] Zum ersten Mal seit 12 Jahren können wir wieder freier atmen. Die Freiheit, die in diesem Zuchthausstaate im Blute erstickt wurde, muss erst wieder neu geboren werden." Ausgehend von dieser Erkenntnis orientierten KommunistInnen und SozialdemokratInnen in der Folge auf eine Überwindung der Spaltung und rangen in der gemeinsamen Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus um den antifaschistischen Aufbau Bremens und um eine gemeinsame Arbeiterpartei. Nie wieder sollte die Arbeiterbewegung gespalten sein, damit nie wieder geschehe, was einst geschah. Das Aufflammen des Kalten Krieges blockierte diese Entwicklung in Westdeutschland. Dennoch gehört sie zum historischen Erbe Bremens.

Seit 1984 erinnert das Wandgemälde am Bunker in der Admiralstraße in an die Gegner und Opfer des Faschismus. Es stammt von Jürgen Waller, dem ehemaligen Rektor der Hochschule für Künste Bremen, der es in Gedenken an die Frauen und Männer des Bremer Widerstands gestaltete. Das Gemälde thematisiert die Verfolgung, vor allem aber den Widerstand und den Lebenswillen der Bremer Antifaschistinnen und Antifaschisten. Zurzeit wird die Schutzwürdigkeit des Gemäldes geprüft. In der Behörde geht man davon aus, dass das Gemälde unter Denkmalschutz gestellt wird und das Gemälde auch nach einem Verkauf sicher erhalten bleibt. Alles andere wäre ein fatales Signal. Jetzt muss es darum gehen, den Bunker friedlich zu nutzen. Wir fordern, dass die Stadt den Bunker kauft um dort einen Raum für Bands und andere Kulturinitiativen zu schaffen. Auf diese Weise könnte der Ort belebt und die Erinnerung an die Gegner und Opfer des Faschismus wachgehalten werden, damit nie wieder geschehe, was einst geschah!

Team des Wahlkreisbüros von Birgit Menz
(MdB, DIE LINKE)

Gedenkstätten im Spannungsfeld

Die verstärkte Europäisierung der historischen Forschung und die zunehmende Infragestellung von Ritualen in der Erinnerungskultur werfen Fragen auf. In acht Beiträgen und einer ausführlichen Dokumentation thematisieren norddeutsche WissenschaftlerInnen aus langjähriger Erfahrung Veränderungen in der Gedenkstättenpolitik. Detlef Garbe (KZ-Gedenkstätte Neuengamme) geht es vor allem um die Perspektive der Gedenkstätten. Von Erstarrung der Erinnerungskultur wird in Feuilletons großer Zeitungen geschrieben, von Pathosformeln und Sinnleere. Hinzu treten verstärkt Angriffe aus Polen, den baltischen Staaten und der Ukraine gegen den antifaschistischen Konsens. Sie erklärten den 23. August 1939 zum Kriegsbeginn (Vertrag zwischen Molotow und Ribbentrop). Vor fünf Jahren bereits hatte das Ename Institut in Deinze eine Konferenz mit Vertretern verschiedener europäischer Gedenkstätten organisiert, bei der im Eingangsreferat faschistische Verbrechen gegen die Menschlichkeit in eine Reihe gestellt wurden mit europäischen Kriegsgräuel seit dem 30-jährigen Krieg.

Dem vorliegenden Heft 16 ...

Weiter geht es auf Seite 4

Eine verrückte Idee träumen

Mit der aufgehenden Sonne im Rücken fuhren wir zum U-Boot-Bunker Farge. Guide Ulrich Stuwe und Lehrerin Monika Eichmann erwarteten uns bereits zusammen mit Christel Trouvé, einer zugewanderten Französin und Leiterin eines Teams, das kräftig am Aufbau eines neuen Gedenkorts im und um den Bunker arbeitet. Dann begann Ulrich seine interessanten Ausführungen über die Sklavenarbeit, die viele Häftlinge hier während des zweijährigen Baus des U-Boot-Bunkers leisten mussten. Schließlich in den Bunker hinein, wo wir einen kleinen Eindruck vom Zeitdruck der Arbeiten bekamen. Gegen November soll alles fertig sein. Am neu angelegten Rundweg entdeckten wir ein neues Bunkerelement. Ulrich vermittelte uns einen Eindruck vom Tauchbecken, in dem die U-Boote zu Wasser gelassen werden sollten, um über eine Fahrrinne in die Weser zu gelangen.

Nach kurzem Gedenken unter uns am Mahnmal "Vernichtung durch Arbeit" fuhren wir zur Bahrs Plate in Blumenthal, wo unser Mitfahrer Luc Daenen eine besinnliche wie ergreifende Rede hielt, bei der alle andächtig zuhörten. Drei Brüder und ihre Mutter Daenen de Bruyn legten Blumen zum Gedenken an ihren hier umgekommenen Großvater und Großonkel nieder, ein ergreifender Abschluss des Besuchs ... Anschließend wurden wir von unseren Bremer Freunden zu einem erstklassigen Salat mit Wurst eingeladen. An der Erinnerungstafel am Schützenhof trugen wir mehrere Gedichte von Ina Stabergh auf Niederländisch und Deutsch vor, gefolgt vom Ablegen der Blumen unserer Vereinigungen. Da wir wegen der Zeitnot und der vielen Umleitungen diesmal keine Möglichkeit fanden. den Osterholzer Friedhof aufzusuchen, versprachen wir Ray und seinen Kameraden, das vom Bund der Antifaschisten dafür vorgesehene Gebinde noch am selben Abend am Grabstein unseres Fons niederzulegen. Dann wurde es Zeit mit unserem umsichtigen Busfahrer Jan zurückzufahren. Im Dunklen und bei heftigem Regen beschlossen wir die Fahrt in stillem Gedenken am Grab von Fons, wo wir das Gebinde der VVN-BdA ablegten.

Mark, Oktaaf und Tom

Wir sind dafür bekannt, dass wir ab und zu urplötzlich eine verrückte Idee haben oder gar träumen, was auch diesmal so ist. Die Jahre harter Arbeit oder Zusammenarbeit mit uns befreundeten Vereinigungen und Vorständen tragen immer mehr Früchte... All die schönen Aktivitäten waren Ansporn für uns, mehr zu tun. Daher kamen Vertreter der NCPGR Meensel-Kiezegem (Nationales Komitee der Politischen Gefangenen und Angehörigen) und der Stiftung am runden Tisch zusammen, um zu sehen, wie wir die gelungene Zusammenarbeit des vergangenen Jahres erweitern können. Wir beschlossen recht zügig, dass der August 2016 eine ideale Gelegenheit dazu bietet, im Anschluss an das für Meensel geplante Gedenken etwas Besonderes zu organisieren, nichts Geringeres als eine richtige Gedenkwoche. Der erste Schritt zu einer mehrtägigen Veranstaltung zu den Ereignissen in und um Meensel-Kiezegem während des 2. Weltkriegs ist schon getan.

Diese Zusammenarbeit kann auch dem Gemeinderat nicht entgangen sein. Beide Vereinigungen wurden am 12. Mai zur Sitzung eingeladen. Dort wurde gefragt, ob die Zeit nicht reif sei, die gute Zusammenarbeit beider Vereinigungen der vergangenen Jahre auszuweiten und den Schritt zur Verschmelzung zu wagen. Beide Seiten bekundeten prompt ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Gesprächen. Der Gemeinderat unter Leitung von Rudi Beeken sprach sich dafür aus, beide Museen in einem Gedenkort unterzubringen, der Pfarrhaus, Kirche und Ehrenfriedhof von Meensel umfasst. Eine tolle Idee, wenn es klappt, denn bei unserer 18. Gedenkfahrt sind wir schon selber darauf gekommen. Einige unserer Mitglieder hatten sich schon über den baulichen Zustand der Gebäude informiert.

Nieuwsbrief 55 der Stichting Meensel-Kiezegem '44

Gedenkstätten

... der KZ-Gedenkstätte Neuengamme liegen Vorträgen einer Tagung in der KZ-Gedenkstätte Ravensbrück vor zwei Jahren zugrunde. Es geht darin um die Erwartungen bei Politikern wie bei gesellschaftlich engagierten Gruppen aus Gewerkschaft und Kirche an die Gedenkstättenarbeit. Es geht um das Wirken von Kräften, die faschistische Verbrechen in eine Reihe stellen wollen mit Ungesetzlichkeiten und Verbrechen in den ehemaligen sozialistischen Staaten. Damit einher geht seit Jahren eine Umwidmung finanzieller Mittel. Es geht im Weiteren um die Fortsetzung der Erinnerungsarbeit, wenn in absehbarer Zeit keine Überlebenden mehr in der Lage sind, über ihre Erlebnisse und ihren Widerstand zu sprechen. Es geht um die Rolle ihrer Nachkommen und der politischen Erben in den Vereinigungen der Zeitzeugen. Verstärkt berühren Forschungen auch Opfergruppen, die keine Vertretungen gründen konnten, sowie Gesprächskreisen von Nachkommen der Täter. Schließlich geht es verstärkt auch um die Frage, wie sich historische Überreste baulicher Art jüngeren Besuchern erschließen, wieweit eine Konservierung Geschehnisse erfassbar machen kann.
Den Weg zur Bildung eines Selbstverständnisses heutiger Gedenkarbeit beschreibt Thomas Lutz (Topografie des Terrors, Berlin). Cornelia Siebeck beleuchtet die staatlich geförderte Gedenkstättenlandschaft der vergangenen 30 Jahre, Detlef Garbe die Veränderungen in der Gedenkstättenkonzeption. Weitere Betrachtungen beschäftigen sich mit den Rahmenbedingungen für das Geschichtsverständnis ("Diktaturenvergleich") und den Erwartungen von BesucherInnengruppen an die Authentizität der Gedenkorte. Besonders sticht dabei die Dokumentation der Auseinandersetzung in Neuengamme um den Einsatz eines Bundeswehrangehörigen als pädagogischer Mitarbeiter heraus.

Gedenkstätten und Geschichtspolitik, Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland Heft 16, 208 S. 32 Abb. Edition Temmen Bremen, 14,90 EUR ISBN 9-783837-84048-3

Raimund Gaebelein

Erklärung der Beiräte

"Wir sind in großer Sorge, dass das jahrzehntelange nachhaltige Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunftsländer, Muttersprache und Religionen in unserem Stadtteil empfindlich Schaden erleiden könnte. Seit vielen Jahren arbeiten Gröpelingerinnen und Gröpelinger für ein Klima der Toleranz und gegenseitiger Achtung. Das konfliktfreie Zusammenleben von Kulturen, Sprach- und Religionsgemeinschaften in Gröpelingen ist und bleibt das Ziel aller demokratischen Kräfte in unserem Stadtteil. Die in diesem Zusammenhang gemachten positiven Erfahrungen in Kindergärten, Schulen, Freizeitheimen und in der Nachbarschaft lassen wir uns nicht nehmen. Die Perspektivlosigkeit vieler Erwerbsloser und Jugendlicher darf nicht dazu führen, zu Hass und Diskriminierung gegenüber Teilen unserer Wohnbevölkerung aufzurufen.

Der Beirat weist jede Form von Volksverhetzung, wie religiös-, rassistisch-, ethnisch- oder homophob-motivierte Angriffe, zurück. Es gilt dem ein buntes vielfältiges Gröpelingen entgegenzusetzen, das die gesamte Kreativität und Vielfalt des Stadtteils widerspiegelt. Öffentliche Einrichtungen, Straßen oder Plätze können nicht als Forum für menschenverachtende Hasspropaganda zur Verfügung gestellt werden."

(anlässlich der konstituierenden Sitzungen in Walle, Gröpelingen und Blumenthal mit großer Mehrheit angenommen)

Macht und Krieg

"Der Trümmerhaufen als Aussichtsturm in Bremen nach zwei Weltkriegen"

Schon vor Ende des 2. Weltkrieges hatten sich Bremer Frauen und Männer zusammen gefunden, um ein "Sofortprogramm" zur Neuordnung Deutschland vorzulegen. Sie veröffentlichten ihr Programm am 6. Mai 1945 im "AUFBAU", dem Presseorgan der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus (KGF). Erst am 19. September 1945 erschien die erste Ausgabe des "Weser Kuriers" mit einem Bericht über *"eines der blutigsten Kapitel der Naziherrschaft: Der Belsen-Prozess hat begonnen."*

Nach 12 Jahren Nazi-Herrschaft konnten die Bremer wieder frei atmen, durften sie sich wieder als Menschen fühlen. Mit Wehmut und Trauer gedachten sie - wie schon 1918 - der Toten. Sie begannen mit der Beseitigung der Trümmer und sahen eine ihrer ersten Aufgaben darin, die Verantwortlichen des NS-Systems anzuklagen und zu verurteilen. Nicht noch einmal sollte "am deutschen Wesen die Welt genesen". Denn schon 1914 waren die prominenten Vertreter des Bremer Handelskapitals den Ideen der "nationalen Revolution" als Geburt der Volksgemeinschaft gefolgt. Ludwig Roselius war einer der einflussreichen Anhänger der "Ideen von 1914", die für den Kaffee-HAG-Gründer im "Geist von Potsdam am 21. März 1933 kulminieren sollten (der feierlichen Konstituierung des neuen Reichstages in der Potsdamer Garnisonskirche in Gegenwart von Hitler und Hindenburg). Der Hitler-Bekenner Roselius hatte schon 1914 ein Kriegszielprogramm vorgelegt, das mit der Linie von Belgien bis zu den Dardanellen auch große Teile Rußlands dem "Großdeutschen Reich" einverleiben wollte: Die Beherrschung Europas, Rußlands und Kleinasiens: Das war sein Ziel der Neuordnung der Welt schon 1914. Ein Projekt, das Roselius mit den "Alldeutschen" und großen Teilen der deutschen Großbourgeoisie teilte. Sie lehnten nach 1918 entschieden das neue Phänomen der "Massendemokratie" ab. Sie übernahmen 1933 freiwillig eine tragende Rolle im NS-Staat und stellten sich erneut nach 1945 dem "Wiederaufbau", nicht dem Neuanfang zur Verfügung. Schon 1941 gehörten sie zu den "Modernisierern", die unter Federführung von Roselius und der IHK die Nachkriegsplanungen des Handelskapitals mit der Wiederaufnahme des Überseegeschäftes und der Reprivatisierung des Norddeutschen Lloyd prägten. Dafür hatte Roselius Professor Alfred Müller aus Münster, den Leiter des dortigen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Instituts, gewonnen. Nach 1945 wandelte der Professor seinen Namen in Müller-Armack um und wurde zum Mitbegründer der "sozialen Marktwirtschaft". Was blieb angesichts dieser Vorgeschichte nach 1945 vom "Aufbau-Programm" der KGF? Fragen, die sich aus Anlass der Buchvorstelllung des "Aufbaus" von 1945 und des VSA-Bandes über "Macht und Krieg. Hegemoniekonstellationen und Erster Weltkrieg" von 2015 stellen.

Jörg Wollenberg (am 06. Mai zur Dämmerstunde über Vergessenes und Verdrängtes)

Andrea Röpke erneut geehrt

Andrea Röpke wurde am 17. Juni 2015 in Düsseldorf mit dem "Paul-Spiegel-Preis für Zivilcourage" des Zentralrats der Juden in Deutschland ausgezeichnet.

"Frau Röpke verdient für ihre Arbeit hohe Anerkennung und Respekt", erklärte der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster. *"Sie ist beharrlich über viele Jahre an dem Thema geblieben und hat zahlreiche Verbindungen und Strukturen in der rechtsextremen Szene aufgedeckt. Für ihre Recherchen nimmt sie ein hohes persönliches Risiko auf sich. Ihre mutige Arbeit und ihr beeindruckendes Engagement sind vorbildlich. Frau Röpke leistet damit einen außerordentlich wichtigen Beitrag für unsere Demokratie."*

2005 erhielt sie zusammen mit René Schulthoff für die buten-un-binnen-Reportage "Gedenkstätten wider Willen" über das Stammlager bei Sandbostel den Journalistenpreis des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz.
2006 wurde sie als "Reporterin des Jahres" durch das "Medium Magazin" gekürt.
2007 wurde sie zusammen mit Thomas Kuban und Anton Maegerle mit dem Leuchtturm-Preis für "besondere publizistische Leistungen" ausgezeichnet.
2008 erhielt sie den Otto-Brenner-Preis in der Kategorie Newcomer-/Medienprojekt für ihre Recherchen zum Thema Rechtsextremismus. Ihr Wirken sei "praktizierter Verfassungsschutz - journalistische Nothilfe für Demokratie und Grundrechte" urteilte die Jury.
2009 war sie Finalistin im Wettbewerb des US-Außenministeriums für "mutige Frauen" und wurde im März dafür von der US-Botschaft in Deutschland ausgezeichnet. Im April bekam sie den Preis "Das unerschrockene Wort" des Bundes der Lutherstädte und dann noch den Alternativen Medienpreis. In diesem Jahr schaffte sie also gleich drei Auszeichnungen.
2012 wurde sie erneut von dem "Medium Magazin" ausgezeichnet. Sie war die Journalistin des Jahres 2011 in der Fachkategorie Politik. In der Laudatio hieß es: "Ihre Hartnäckigkeit und der Mut, für ihre Recherchen immer wieder auch persönliche Gefahren in Kauf zu nehmen, sind ein Vorbild für alle Kollegen."
Und **2015** folgte der "Paul-Spiegel-Preis für Zivilcourage".

Sie berichtet seit Anfang der 1990er Jahre über die rechtsextreme Szene. Besonders unnachgiebig waren ihre Recherchen zur völkisch-rassistischen Kindererziehung. Prügel musste sie hier im wahrsten Sinne des Wortes einstecken. Sie war maßgeblich an dem Verbot der "Heimattreue Deutsche Jugend e.V. (HDJ)" beteiligt. Gleichzeitig warnte sie davor, die Wirksamkeit eines solchen Verbotes zu hoch zu hängen.

Gerold Fleßner

Haus Hohehorst

Am 23.06.2015 stellte Astrid Felguth ihr Buch "Was war los in Hohehorst? Ein Buch über die Nazi-Zeit in Leichter Sprache" im Wallsaal unserer Zentralbibliothek vor. Sie will damit Jugendlichen und Erwachsenen mit und ohne Behinderung die "Nazi-Zeit" näherbringen.
Ende der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts ließ die Familie Lahusen - Besitzer der Nordwolle, damals größter Textilkonzern Europas mit Hauptsitz in Delmenhorst - in Löhnhorst, nördlich Bremens, auf ihrem Sommerwohnsitz Gut Hohehorst ein prächtiges, schlossartiges Gebäude mit großem Park errichten. Gleichzeitig ließen sie in Bremen eine überdimensionierte neue Verwaltungszentrale - das heutige Haus des Reichs bzw. Finanzamt - bauen. Da sie u.a. daran 1931 pleitegingen, mussten sie das Haus Hohehorst noch vor dem Einzug verkaufen. Danach wechselten die Nutzungen: Lebensbornheim "Friesland", Krankenhaus, Drogentherapie-Einrichtung ... Seit einigen Jahren steht es leer.

Im Buch geht es um die Lebensborn-Zeit. Es beginnt mit Jugendlichen in Löhnhorst, wo Frau Felguth geboren und aufgewachsen ist, die 1977 zufällig auf die Geschichte Hohehorsts stoßen und ein Heft finden, das die Tagebuch-Aufzeichnungen von Anni 1944 enthält. Diese ist unverheiratet schwanger und findet ihre "Rettung" im Haus Friesland. Nach dieser gekonnten Einführung folgen einige Seiten Erklärungen zu Lebensborn und "Nazi-Zeit".

Hier erweist sich besonders die Problematik der "Leichten Sprache". Sprache ist doch schwer nicht aus Schikane, sondern weil die Zusammenhänge kompliziert sind. Auf Ursachen und Zusammenhänge wird nicht eingegangen; der Faschismus kam irgendwie über Deutschland; dabei hatte das doch, um es mit Bertolt Brecht zu sagen, "Name und Anschrift".

weiter geht es auf Seite 6

Termine August/September 2015

Hiroshima-Tag

Donnerstag, 06.08., um 12:00 Uhr
Marktplatz Bremen, Mahnwache zum 70. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, Redner: Reiner Braun (Berlin, Ialana)

Sommerausfahrt

Samstag, 29.08., gegen 10:00 Uhr
ab Linkstreff West Gröpelinger Heerstraße/Ecke Moorstraße. (siehe Seite 2)

Antikriegstag

Dienstag, 01.09., um 17:00 Uhr
Antikriegstag, Treffpunkt **17:00 Uhr** Marktplatz

Antikriegskonferenz

Samstag, 05.09., um 11:00 Uhr
Gemeindezentrum Zion, Kornstraße 31, Bremen-Neustadt, Regionale Antikriegskonferenz Bremen 2015, weitere Informationen: http://www.bremerfriedensforum.de/pdf/RAKK_Flyer2015_web.pdf

Gedenkveranstaltung für die Opfer von Faschismus und Krieg

Sonntag, 13.09, um 11:30 Uhr
Am Feld K auf dem Osterholzer Friedhof mit Prof. Dr. Jörg Wollenberg zur „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus" und Ausschnitten aus ihrer Zeitung „Der Aufbau". Musikalisch unterstützt von Aline Barthélémy.

Hohehorst

Besonders ärgerlich finde ich die Erwähnung des Widerstands: "Einige Menschen sagten etwas gegen die Verbrechen. Das waren oft Menschen von der Kirche." (S. 92) Und das, obwohl doch beide Amtskirchen eng mit den Faschisten zusammenwirkten, da sie ja den gleichen Feind, die Kommunisten, hatten.

Bei diesem Konglomerat aus Kindersprache und PowerPoint-Präsentation zeigt sich wieder einmal: "Das Gegenteil von "gut" ist "gut gemeint".

Astrid Felguth: "Was war los in Hohehorst? Ein Buch über die Nazi-Zeit in Leichter Sprache", Mabuse-Verlag, ISBN: 978-3-86321-225-4, Frankfurt/ Main, 2015, 16,90 EUR

Hartmut Stinton

Katalog erschienen

Der Papy-Rossa-Verlag in Köln hat zusammen mit einem belgischen Verleger und der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) im Sommer 2015 einen Bildband vorgelegt, der einen europäischen Blick auf die Widerstandsbewegung wirft. Er entstand im Zusammenhang mit einer Ausstellung, die das „Institut des Vétérans" und die FIR im Sommer 2013 zum ersten Mal im Europäischen Parlament präsentieren konnten.
Jean Cardoen/Ulrich Schneider, Antifaschistischer Widerstand in Europa 1922 – 1945, Mit einem Vorwort von Manolis Glezos, Paperback, 24 x 24 cm, 335 Seiten, s/w-Fotografien, 29,90 EUR, ISBN 978-3-89438-589-7
Erhältlich über die VVN-BdA Bremen gegen Vorkasse.

Friedenskomponente

Das Bremer Friedensforum ruft die Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft dazu auf, die Friedenskomponente in das Senatsprogramm ausdrücklich aufzunehmen. Das bedeutet konkret u.a.: Beibehaltung der gesetzlich verankerten Zivilklausel für die Hochschulen, eine Strategie zur Förderung der Konversion in der Rüstung und eine Verstärkung der Friedenserziehung im Bildungsbereich. Damit tritt das Bremer Friedensforum den Aussagen des derzeitigen Präses der Bremer Handelskammer Christoph Weiss entgegen. Er beklagte kürzlich, dass die Bremer Rüstungsindustrie im Bereich der Luft- und Raumfahrttechnologie durch die Zivilklausel im neuen Hochschulreformgesetz "behindert" werde. Er machte damit deutlich, dass bestimmte Wirtschaftskreise keine Skrupel haben, "die Industrie des Todes" - so hat Papst Franziskus kürzlich die Rüstungsindustrie bezeichnet - um des Mehrwerts willen energisch zu betreiben und die Hochschulen dafür in Anspruch zu nehmen. Solche Tendenzen werden stärker. Sie bedrohen den Frieden und fördern Kriege.

Hartmut Drewes

www.vvn-bda.de

"Der Bremer Antifaschist", kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint zweimonatlich.

Wir sind **Am Speicher XI Nr. 9**, 28217 Bremen, erreichbar.

Beim BLG-Forum - nicht im Speicher XI

Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.bremen.vvn-bda.de

Montag: 15:00 - 17:00 Uhr
Donnerstag: 15:00 - 17:00 Uhr

In den Schulferien finden Bürostunden nur auf Anfrage statt (siehe Stadtrundgänge).

Für die Unterstützung unserer Arbeit:
Die Sparkasse in Bremen
BIC: SBRE DE 22 xxx
IBAN: DE06 29050101 000 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (0421-382914 bzw. bremen@vvn-bda.de) oder über Raimund Gaebelein (0421-6163215 bzw. 0176/49865184) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich **am zweiten Donnerstag des Monats um 16:30 Uhr.**

Der Landesvorstand trifft sich am **letzten Donnerstag des Monats um 18:00 Uhr.**

Die Sitzungen sind natürlich mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder. ***Im Internet sind zum Teil weitere Artikel, die nicht im BAF stehen.***

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Mich interessieren folgende Themen:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Rassismus
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Erinnerungsarbeit

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Name ____________________

Straße ____________________

PLZ, Ort ____________________

Bremen, den ____________________